

Neuer Orden gestiftet



Der Bundespräsident hat einen neuen Orden gestiftet. Er ist mit 100.000 Euro dotiert. Form und Inhalt des Ordens, werden natürlich der besonderen Bedeutung des Anlasses gerecht.

Zu Form und Inhalt

Der Bedeutung des Gegenstandes entsprechend, wurde das „Auge Gottes“ gewählt, im Zentrum steht das Dollarzeichen, als

„Auge des Profits“.

Durch dieses Auge ist alles zu sehen. Alles und von Jedem. Diese Sicht der Dinge und Subjekte, wird Verfassungsrang erhalten. Die „Logik des Kapitals“, wird die gefühlsduselige „Vernunft des Lebens“ endgültig als tragende Staatsdoktrin ablösen. Rundherum um diese neue Gottheit, die heilige Dreieinigkeit aus:

**Schafft Arbeitsplätze
Senkt die Lohnnebenkosten
Steigert das Wirtschaftswachstum**

Durch die ständige Wiederholung und öffentliche Allgegenwärtigkeit, ist es gelungen, diese für den Profit unersetzlichen Elemente, in den Rang von Stereotypen zu erheben. Selbst verdienten Gewerkschaftsfunktionären gehen diese Wahnsinnsparenen glatt und ohne Zögern über die Lippen und ihren Zuhörern in die Ohren.

Auf der Rückseite die zentrale Wertaussage unserer freiheitlich demagogischen Grundordnung: Sozial ist, was Arbeit schafft!

Sozial ist, was Arbeit schafft!

Insgesamt, ein gelungenes Schmuckstück, das den gesellschaftlichen Wahnsinn unserer Zeit, trefflich zum Ausdruck bringt, diese stabilisiert und den Träger als wahnsinnig staatstragend ausweist.

An wen wird dieser Orden und das dazugehörige Bestechungsgeld in Höhe von 100.000 Euro verliehen? Es können sowohl Einzelpersonen, als auch Organisationen sein. Entscheidend ist, daß es sich um außerordentliche Anstrengungen zur Förderung des Profits handeln muß. Als erste Kandidaten sind im Gespräch: Die Partei der Besserverdienenden, mit ihrem Slogan

„Arbeit hat Vorfahrt“.

Mit diesem Slogan, eines bekennenden Schwulen an der Spitze, hat es dieser, an sich unbedeutende Verein der Besserverdienenden geschafft, für den nach wie vor ungeliebten Begriff Profit, ein allseits beliebtes Synonym zu kreieren. In der Sache wird damit das gleiche erreicht:

ohne **Arbeit kein Profit!**

Ein zweiter Aspirant dürfte die Schröder-Partei-Deutschlands, mit ihrem Insolvenzverwalter Müntefering sein. Mit ihren Arbeiten zum Abbruch des Sozialstaats und damit der Senkung der Lohnnebenkosten, hat sich diese Partei, um den Profit der Unternehmer außerordentlich verdient gemacht. Im Folgenden sollen die Elemente der neuen heiligen Dreieinigkeit erläutert werden.

Arbeitsplätze schaffen:

Seit GOTTVATER die Erwerbsarbeit verflucht hat, bemühen sich die Menschen, diese zum Leben notwendige Arbeit, nach Möglichkeit zu verringern, um Zeit für befreiende, Spaß machende und der Gesellschaft Nutzen bringende Arbeit, zu bekommen.

Sie erreichten, dank ihrer Erfindungsgabe, gewaltige Fortschritte. Allerdings muß man zugeben, ohne die verantwortungslose Politik der Gewerkschaften, hätte sich das nicht in der beispiel- und verantwortungslosen Arbeitszeitverkürzung niederschlagen können.

Gerne wird von den Befürwortern der Arbeitszeitverkürzung, auf die große Zahl der Arbeitslosen hingewiesen, die ohne Arbeitszeitverkürzung, noch höher wäre. Dabei scheinen die „Menschenfreunde“ zu übersehen, daß es sich bei den meisten der über 5 Millionen Arbeitslosen, um unqualifizierte und arbeitsunwillige, über 30 Jahre alte Personen handelt, die für eine normale, Profit-bringende Arbeit völlig ungeeignet sind. Deshalb ist es auch vernünftig, deren Leistungen zu kürzen, um die Lohnnebenkosten zu senken und damit die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Es war also ein schweres Stück Arbeit, die Menschen von ihrer althergebrachten und egoistischen Haltung, der Arbeitsscheu, abzubringen und ihnen klar zu machen, daß das schönste auf der Welt, ein Arbeitsplatz ist! Die Anstrengungen haben sich aber gelohnt! Heute gibt es kaum noch einen ernst zu nehmenden Menschen, der, der Parole: „Schafft Arbeitsplätze“, öffentlich widersprechen würde. Obwohl manchmal noch schwache Einwände erhoben werden und gesagt wird, es gehe doch garnicht um Arbeitsplätze, sondern um das Geld das man dafür bekomme. Wer hat denn schon Spaß, 8 Stunden an der Aldi-Kasse, im Büro oder der Fabrik zu verbringen?

Aber diese Einwände gehen schnell unter, in dem Schrei der Arbeitslosen:

Wir wollen Arbeit! Herr, beute uns aus!

Denn um Ausbeutung geht es natürlich. Welcher Unternehmer sollte sonst einen Arbeiter beschäftigen, aus dem er nicht mehr rausholen kann, als er in ihn reinsteckt. Der Betrieb ist schließlich keine Sozialstation oder ein Gewerkschaftsbüro.

Lohnnebenkosten senken:

Diese Forderung durchzusetzen und zum Allgemeingut der Nation werden zu lassen, war wesentlich einfacher. Wer wollte nicht schon in seinem Portemaneer mehr Geld haben und wenn dadurch auch noch das Wirtschaftswachstum angekurbelt würde und neue Arbeitsplätze entstehen - endlich mal eine Forderung, die von allen gemeinsam erhoben werden konnte und uns auf dem Weg zur Volksgemeinschaft ein ganzes Stück voran brachte. In dieser Zeit der Zerrissenheit, war das ein außerordentlich hohes Gut und ein Zeichen für die Reformbereitschaft der Gesellschaft!

Das die „Lohnnebenkosten“, auf die die Arbeitnehmer verzichteten, verdienter Arbeitslohn sind und auch nichts „nebenbei“ sind, merkten die Arbeiter erst, als sie bei Eintritt des Versicherungsfalles, auch nur „Nebenleistungen“ erhielten. Aber da war es zu spät.

Aber das war auch nicht weiter schlimm, da die Versicherungswirtschaft für diesen Fall, diverse Versicherungen bereithielt. Die mußte man zwar privat bezahlen und dabei auch noch den Arbeitgeberbeitrag mit bezahlen, sodaß von der Senkung der Lohnnebenkosten nicht nur nichts übrig blieb, sondern man als Arbeitnehmer noch draufzahlen mußte. Aber gleichzeitig wurde damit die Eigenverantwortung gestärkt, es entstanden, wie versprochen, Millionen Arbeitsplätze.

Auch nicht zu unterschätzen war der Zugewinn an Freiheit, vor staatlicher Bevormundung. Endlich konnten die Arbeitnehmer selber entscheiden, von wem sie sich ausnehmen lassen wollten. In vielen Fällen war das ein bißchen teurer, und es wurde auch nicht jeder anstandslos genommen, aber wenn man jung, gesund und in Arbeit stand, dann hatte man eine große Auswahl an Privatversicherungen. Wie gesagt, etwas teurer, aber Freiheit hat eben ihren Preis.

Inzwischen ist aus der Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten, eine große Volksbewegung geworden, der sich kaum jemand entzieht. Die Zahl der Förderer ist inzwischen so groß geworden, daß man den Orden dem ganzen Volk verleihen müßte.

Ein echter Volksorden.

Fördert das Wirtschaftswachstum:

Zugegeben, am Anfang war es nicht ganz einfach aktive Befürworter für diese unverständliche und idiotische Forderung zu finden.

Ihr Leben lang hatten die Menschen gelernt, mit knappen und begrenzten Mitteln, sparsam umzugehen. Jedes Kind weiß, das die Menschen nur ein Leben haben, die Energievorräte auch begrenzt sind und das der Baum, aus dem der Kultartikel BILD gemacht wird, 100 Jahre zum Nachwachsen braucht.

Jeder Tag in der Fabrik, ob als Shopper oder Hopper (Ex und hop; hire and fire), ist ein Tag verlorenes Leben. Jede BILD, die sie Morgens zum Frühstück lesen, verödet nicht nur ihr Hirn, sondern auch die Erde. Linke Ideologen haben jahrelang diese wirtschaftsfeindlichen Ansichten verbreitet und auch Gehör gefunden. Jetzt endlich sollte sich die freie, marktwirtschaftliche und ökonomische Vernunft durchsetzen.

Wie nicht anders zu erwarten, hetzten die linken Ideologen weiter und prägten den Satz:

Die Logik des Kapitals, ist die Krankheit der Vernunft!

Zum Glück verstand niemand diese Parole und dank der unermüdlichen Arbeit unserer wissenschaftlichen Institute und der Massenmedien, ist es gelungen, die neue Wahrheit in die Köpfe der Menschen zu hämmern. Heute können wir sagen, es gibt kaum einen kapital-logisch denkenden Menschen, der nicht hinter der Forderung steht:

Steigert das Wirtschaftswachstum!

Es kommt nicht darauf an, wofür das Wirtschaftswachstum angekurbelt wird, Hauptsache es wird gekurbelt - durch die Arbeiter - natürlich! Dann wachsen die Steuern und das Geld für die Sozialsysteme, dann sprießen die Arbeitsplätze, die Einkommen wachsen, der Wohlstand steigt. Natürlich müssen auch die Profite steigen. Die Gewinne von heute, sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. So einfach ist das! Allerdings hat diese einfache Logik 3 Voraussetzungen:

1. Die Arbeiter müssen arbeiten. Nur durch Arbeit entsteht Profit!

Deshalb lautete auch die Parole auf dem Parteitag der Besserverdienenden:

Vorfahrt für Arbeit!

Eigentlich hätte es heißen müssen:

Vorfahrt für den Profit!,

denn was hat die Partei der Besserverdienenden, mit Arbeit zu tun? Aber aufgrund der jahrelangen Verhetzung unseres Volkes, hat das Wort Profit noch einen schlechten Klang. Das wird sich aber ändern. Nicht zuletzt durch die großen Freiheits-Kampagnen, denen auch dieser Preis gilt.

Steter Tropfen höhlt das Hirn.

2. Die Rahmenbedingungen für die Profitproduktion müssen stimmen. Zu den Rahmenbedingungen gehört eine kräftige Senkung der Unternehmenssteuern, die Senkung der Lohnnebenkosten, der Abbau der Bürokratie, die Verlängerung der Arbeitszeit, einschließlich der Lebensarbeitszeit. Kündigungsschutz ist nicht nötig, denn wer gebraucht wird, muß um seinen Arbeitsplatz keine Angst haben und wer nicht gebraucht wird, dem hilft auch kein Kündigungsschutz.

Ein wichtiger Punkt ist, die gewaltige Macht der Gewerkschaften zu brechen.

An die Stelle der außerbetrieblichen Funktionäre, sollten betriebliche Bündnisse treten. Im Dritten Reich konnten damit außerordentlich gute Erfahrungen gemacht werden. Damit könnten auch die quälend langwierigen Tarifverhandlungen entfallen und die den Profit schmälernenden Streiks. Ohne den betriebsfremden Einfluß der Gewerkschaften, könnten die Argumente der Unternehmer, eine viel größere Überzeugungskraft auf die Arbeiter entfalten.

Im übrigen, das noch bestehende Parlament, könnte seine Arbeit effizienter gestalten, wenn das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden müßte. Wie wirtschaftsfreundliche Bedingungen auszusehen haben, kann das Studium der Geschichte des Nationalsozialismus lehren. Auch Gesetze könnten, nach sprachlicher Überarbeitung, voll übernommen werden. Z.. B. das Betriebsverfassungsgesetz des nationalsozialistischen Staates, das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“. Das Parlament würde damit auch mehr Zeit

für die Ausarbeitung wichtigerer Gesetze, wie z.B. die Terrorismusbekämpfung und die Überwachung der Bevölkerung, gewinnen. Alles Dinge, die für unser Volk viel wichtiger sind, als die völlig überflüssigen Tarifverhandlungsrituale der Gewerkschaften.

Es war nicht alles schlecht was der Führer machte. Denken wir nur an den ungeheuren Vermögenszuwachs für das deutsche Unternehmertum. Wir stünden heute nicht da, wo wir heute stehn.

Zum Glück aber haben wir die Partei der Besserverdienenden, die nicht vergessen hat worauf sich Deutschlands Größe gründet. Auf die Rahmenbedingungen kommt es an - und da kann man viel vom Führer lernen. Das mit den Juden war nicht ok, und davon sollten wir uns auch distanzieren.

3. Die Arbeiter müssen konsumieren. Das meiste wird konsumiert, weil man/frau es zum Leben brauchen. Aber das ist natürlich für den gesunden Appetit des Kapitals zu wenig. Also wird ein riesiger Werbeapparat aufgezogen, um den Menschen zu zeigen was sie alles brauchen.

Die neueste Idee ist, den Konsum vom Bedarf zu trennen. Shopping, Erlebniskauf heißt die neueste Masche, um das System am Laufen zu halten. Die Menschen kaufen nicht mehr weil sie etwas brauchen, sondern der Kaufakt, das Aneignen wird das Ziel. Diese Idee ist grandios kapitalistisch, wie der Krieg, ein Perpetomobile des Profits.

Das alte System war an seine Grenzen gestoßen. Mehr als 10 Schnitzel konnte man nicht essen, aber Schnitzel bestellen und irgendwo verfaulen lassen, das kann man unbegrenzt und notfalls auch auf Kredit. Die Bestellung und Bezahlung ist das Vergnügen, der Sinn des Ganzen.

Linke Kritiker mit ihren veralteten Parolen sind natürlich auch zur Stelle. Von Konsumterror und Wegwerfgesellschaft ist die Rede. Als ob man alles behalten könnte was man kauft.

Insbesondere folgende Boykottparolen sollen die Konsumenten verunsichern und die Arbeiter um ihre Arbeitsplätze bringen:

1. Kaufen Sie nichts wofür geworben wird, Sie müssen es teuer bezahlen.
2. Kaufen Sie nichts was lange Transportwege hinter sich hat und auch bei Ihnen um die Ecke wächst.
3. Deutsche Löhne, deutsche Waren.
4. Kaufen Sie keine Produkte, von Firmen, die ihre Steuern und Gewinne ins Ausland schleppen.
5. Kaufen Sie keine Produkte von Firmen, die nicht Sozialstandards einhalten.

Weitere Boykottforderungen werden den Linken noch einfallen, hören Sie nicht darauf. Vertrauen Sie den Unternehmen, sie haben viel Geld in Ihre Verarsche investiert.

4. Der dritte und langfristig wichtigste Punkt ist nicht-materieller Natur. Es geht um das Ansehen des Deutschen Unternehmertums und seine Existenzbedingung, den Profit. Solange es noch eine Spur von fehlender Hingabe an das freie Unternehmertum und seinen Profit gibt, solange wird keine Freude zum Standort Deutschland aufkommen. Wo es aber für die Unternehmer keine Freude gibt, wird es keine Investitionen, kein Wirtschaftswachstum, keine Arbeitsplätze und damit keine Einnahmen des Staates geben.

Ein ganzes Volk und seine Regierung, hängen von der Freude der Unternehmer ab. Daran sollten nicht nur die Regierung und ihr Parlament denken, sondern insbesondere die

Kritikkaster, die sich in der neuen linken Truppe(Linke/PDS) gesammelt haben.

Zum Schluß der Vorschlag eines potentiellen Ordensträgers, dem die Stärkung des Ansehens des Deutschen Unternehmertums, eine Herzensangelegenheit ist. Er schlägt vor, sowohl das Wappen, als auch die Grundrechtsartikel für die BRD, wie folgt zu ändern:

Das neue Wappen könnte wie nebenstehend aussehen: Im Zentrum der Kopf eines stilisierten Unternehmerskopfes (Charakterkopf). Kreiert von Franz Müntefering (Insolvenzverwalter). Umgeben von einem Ährenkranz, als Zeichen der Verbundenheit mit dem deutschen Bauernstand.



Das ganze natürlich auf dem Boden der freiheitlich/demografischen Grundordnung. Schwarz für die CDU, rot für deren Koalitionspartner SPD und gelb für den Senf dazu.

Die längst überfällige Änderung des Grundgesetzes könnte wie folgt aussehen:

Grundgesetz

Artikel 1:

Die Würde des Profits ist unantastbar! Sie aktiv zu schützen und zu fördern, ist nicht nur Aufgabe aller staatlichen Gewalt, sondern eines jeden Deutschen.

Artikel 2:

Arbeit, als die Quelle des Profits, ist Pflicht eines jeden Deutschen. Alter oder Krankheit, sind kein Entschuldigungsgrund für Faulenzertum. Es gibt kein Recht auf Faulheit (Der Bundeskanzler). Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!

Artikel 3:

Konsum, als Voraussetzung der Realisierung des Profits, ist eines jeden Deutschen patriotische Pflicht. Wer diese Pflicht verletzt, ist kein Patriot und kann auch kein Deutscher sein. Wer aus Geldmangel dieser Pflicht nicht nachkommen kann, erhält vom Staat verbilligte Konsumkredite.

Im Zuge der Änderung des Grundgesetzes könnte auch über eine Umbesetzung der obersten Gerichte nachgedacht werden. Das hätte den Vorteil, das die neuen Vorschriften des GG, unbelastet von den überholten Vorschriften gelernt und angewendet würden

Kapitalismus pur

Selten wurden die kapitalistischen

Ausbeutungs- und Profitregeln

so klar und in aller Öffentlichkeit formuliert, wie durch die FDP/CDU heute. Aber genauso selten fanden sie einen so positiven Widerhall in der Öffentlichkeit.

Zu **Stereotypen** sind diese Begriffe geworden. Ich sage mal was ich darunter verstehe, denn die Erklärungen im Internet dazu, sind schwer verständlich. Ein Begriff oder eine Aussage wird zur Stereotype, wenn bei seiner Nennung, ohne Nachdenken, eine bestimmte Vorstellung einstellt. Also bei „Arbeit hat Vorfahrt“, sehen die Arbeiter vor ihrem geistigen Auge eine gefüllte Geldbörse und das lang gewünschte Auto vor der Haustür.

Damit stimmen sie gefühlsmäßig für alle Maßnahmen, die ihnen Aussicht auf Arbeit und damit Einkommern versprechen. Die ständige und massenhafte Wiederholung, gehört zum Wesen der Stereotypie. Es ist der Sieg des Gefühls über den Verstand.

Hier nun einige Stereotypen von heute.

Auf ihrem Wahlparteitag kreierte die FDP das Motto:

Arbeit hat Vorfahrt

Der Bundespräsident erklärte:

Sozial ist, was Arbeit schafft.

Im Wahlkampf plakatierte die FDP:

Steuern runter

Arbeit rauf

Schon seit längerem gab es einen gesellschaftlichen Konsens über folgende Forderungen:

Steigert das Wirtschaftswachstum

Schafft Arbeitsplätze

Senkt die Lohnnebenkosten

Eine ständige Forderung der FDP ist die

Privatisierung,

Stärkung der Eigenverantwortung

Abbau der Bürokratie,

der schlanke Staat.

Arbeit hat Vorfahrt

Viele politisch Kundige fragen sich im ersten Augenblick verblüfft, was hat denn die Partei der Besserverdienenden mit Arbeit zu tun?

Bei einigem Nachdenken und dem Gebrauch des gesunden Menschenverstandes kommt man schnell zu dem Ergebnis, daß nicht die Arbeit der Hausfrau und Mutter gemeint ist, sondern ausschließlich die profitbringende **Erwerbsarbeit**. Und hierbei auch nur die Erwerbsarbeit, die einen erwarteten **Mindestprofit** bringt.

Maßstab ist also nicht der Nutzen für den Einzelnen oder die Gesellschaft, sondern der zu erzielende Profit für den Kapitalisten und der kann nur durch Arbeit entstehen - durch **Erwerbsarbeit**.

Deshalb hat Arbeit Vorfahrt und nicht das Leben.

Sozial ist, was Arbeit schafft

Es wird nicht gesagt, welche Arbeit sozial ist, sondern die Arbeit schlechthin. Die an der Aldi-Kasse verblödete, genauso wie die am Müllsortierband ekelerregende Arbeit. Sie muß nur im Dienste eines anderen, Profit abwerfende Erwerbsarbeit sein. Wie überhaupt, der Kapitalismus kennt nur diese eine Form von Arbeit. Alles andere ist Hobby, Vergnügen, Spiel.

Deshalb heißen die Erwerbslosen auch **Arbeitslose**, selbst wenn sie vielfältig für sich und andere tätig sind. Allerdings schaffen sie damit für einen Ausbeuter keinen Profit und deshalb gilt diese Arbeit nichts.

Die Nachbarschaftshilfe, die kostenlose Mitarbeit in einem Verein, die Renovierung der eigenen Wohnung, sind keine Arbeit, sie werfen keinen Profit ab. Erst wenn man diese Tätigkeit für einen Ausbeuter verrichtet, der daran verdient, wird es Arbeit. Das erklärt auch die hohe Zahl der Erwerbslosen, obwohl es Arbeit mehr als genug gibt. Es ist Arbeit die keinen, oder einen zu niedrigen Profit abwirft. Kein Unternehmer stellt einen Arbeiter ein, an dem er nicht verdienen kann, aus dem er nicht mehr rausholen, als reinstecken kann. Im Duden heißt dies Ausbeutung und der Mensch der das tut ist der Ausbeuter.

Nach der Definition des Bundespräsidenten sind die Unternehmer nicht Ausbeuter, sondern „Sozialarbeiter“:

Sozial ist, was Arbeit schafft!

Steuern runter

Selten hat eine Partei ihre volksfeindlichen Pläne so offengelegt wie die FDP im letzten Wahlkampf. Aber genau so selten war das Mißverstehen dieser Parolen. Die Mehrheit der Menschen sahen in der Forderung der FDP, „Steuern runter“, ihren arg strapazierten Geldbeutel wieder anschwellen und sich selber in dem neuen Auto sitzen.

Brutal in die Wirklichkeit gerissen wurden sie, als sie vor der Türe des geschlossenen Schwimmbades standen und für die Unterbringung ihres Kindes in der Kindertagesstätte einen höheren Beitrag zahlen mußten.

In die Wirklichkeit gerissen wurden sie auch, als sie ihren Nachbarn, der auf dem Rathaus arbeitete am Vormittag einkaufen sahen, nicht weil er Urlaub hatte, sondern weil die Behörde ihn rausgeschmissen und er jetzt viel freie Zeit hatte.

Als sie dann, bei einem Spaziergang durch das vornehme Viertel, aus einem privaten Swimmingpool das fröhliche Lachen von Kindern hörten, da wußten sie warum die Partei der Besserverdienenden (FDP) für Steuersenkungen war.

Arbeit rauf

Ähnlich schamlos war diese Forderung der FDP. Aber sie wurde genauso mißverstanden, wie die Steuersenkungsforderung.

Die Mehrheit der Menschen glaubte nämlich, jetzt werde etwas gegen die hohe Erwerbslosigkeit und die niedrigen Einkommen der einfachen Menschen getan.

Weit gefehlt! Die Adressaten der Botschaft waren nicht in erster Linie die Erwerbslosen, sondern die in einer Erwerbsarbeit stehenden Menschen, sie sollten mehr arbeiten, für das gleiche, oder sogar weniger Geld!

Das ist der Grund warum diese Forderung von der FDP erhoben wurde und begeisterte Zustimmung bei den Unternehmern finden konnte, aber eben auch bei den Arbeitern, die das hörten, was sie hören wollten.

Steigert das Wirtschaftswachstum

Schon vor Jahren wurde auf den gesellschaftlichen Widersinn und die Leben zerstörende Wirkung dieser Forderung hingewiesen. Wirtschaftswachstum sagt nichts aus über die Qualität dessen was da „wachsen“ soll und damit über den Nutzen für die Menschen. Die USA steigern ihr Wirtschaftswachstum durch Mord. International durch die Mordaktionen im Irak, Afghanistan, Vietnam usw., national durch eine große Zahl von Morden und im Gefolge davon einer riesigen Gefängnisindustrie. Man kann nicht sagen, daß davon die Bevölkerung reicher wurde. Das Wirtschaftswachstum wurde aber dadurch gesteigert und damit auch die Profite!

Eingesetzt wurden dafür aber unwiederbringliche Ressourcen, menschliches Leben und Natur.

Die wenigsten Menschen scheinen daran zu denken, wenn sie sich an der Steigerung des Wirtschaftswachstums beteiligen, das sie dabei einen Teil ihres einzigartigen und einmaligen Lebens verbrauchen. Wir haben nur ein Leben, eine Wiederholung gibt es nicht.

Und beim Verbrauch der Natur denken die wenigsten Menschen daran, der für die Produktion des Bumsblattes BILD, mit Abspritzgarantie (Gossenreport) , 1 Baum gefällt wird, der 100 Jahre braucht, um als Schattenspender und Luftverbesserer nachzuwachsen.

Also ist Wirtschafts-“Wachstum“ ein irreführender Begriff, hier wächst nichts, hier wird erarbeitet unter Verbrauch des Lebens und der Natur, also kostbaren und begrenzt vorhandenen Ressourcen!

Da wäre es doch schon interessant zu hören, was denn da „wachsen“ soll, also die Frage nach der Qualität und dem Nutzen für die Gesellschaft. Aber genau diese Frage wird nicht gestellt. Weder in den Medien, noch in den zahllosen Quasselveranstaltungen, die sich Talk-Shows nennen, noch in den Parteien oder im Parlament. Wenn dieses geschähe, dann käme der ganze Wahnsinn dieser „freiheitlich/demografischen Grundordnung zum Vorschein.

Da werden deutsche Bauern in den Ruin getrieben, indem man über hunderte/tausende Kilometer, Früchte und Gemüse, das auch bei uns wächst, mit teuren LkW und auf teuren Autobahnen, nach Deutschland karrt.

Lebendige Tiere werden quer durch Europa gekarrt, um in fernen Ländern geschlachtet zu werden, anstatt sie bei uns zu schlachten und wenn nötig, das Fleisch zu exportieren. Gebäude werden errichtet um abgerissen zu werden. Rückbau nennt man das verschämt. Da werden weiter teure Autobahnen gebaut und der Frachtverkehr der Bundesbahn ist nicht ausgelastet.

Die Liste der Wahnsinnsprojekte ließe sich unendlich fortsetzen.

Immer handelt es sich um „Wirtschaftswachstum“, Profit, Verbrauch von Mensch und Natur!

„Wirtschaftswachstum“ = Profit, um diese Formel handelt es sich, für diese Formel werden Mensch und Natur geopfert. Wenn wir Glück haben, fällt dabei etwas ab, was wir gebrauchen können, aber nicht als Ziel der Produktion, sondern als zufälliges Nebenprodukt. Ansonsten sorgen die Werbung oder andere Zwänge dafür, daß wir das Zeug das wir produzieren, auch konsumieren und sei es, im Rahmen eines „Erlebniskaufs“ in einer „Shoppingnacht“, auf einer „Shoppingmeile“.

Shoppen statt Poppen, deshalb hat Deutschland so wenig Kinder. Umgekehrt hätten wir mehr Freude und es wäre auch billiger.

Schafft Arbeitsplätze

Neben der gebetsmühlenartig erhobenen Forderung nach Wirtschaftswachstum, wird in gleichen Atemzuge die Forderung nach Arbeitsplätzen erhoben. Hier wie da, wird nicht nach bestimmten, qualifizierten, menschenwürdigen Arbeitsplätzen gerufen, sondern nach Arbeitsplätzen schlechthin. Ob als Klomann oder PC-Experte, eine Arbeit ist besser als keine Arbeit - sagt man.

Da hat man aber zu spät den Verstand eingeschaltet. Der Mensch hat nämlich eine im Grundgesetz verankerte Würde und die betrifft auch die Arbeit. Menschenwürdige Arbeit bringt die Entwicklung des Menschen voran und die Gesellschaft weiter, Erwerbsarbeit dagegen hat ausschließlich den Profit zum Ziel. Bei der allgemein gestellten Forderung nach Arbeitsplätzen, geht es ausschließlich um solche, die durch Ausbeutung Profit bringen.

Während die Arbeiter bei der Forderung nach Arbeitsplätzen an Lohn denken, denken die Unternehmer an Profit. Eines geht nur auf Kosten des anderen. Die Entscheidung über Arbeitsplätze und damit über die Existenz der Arbeiter, liegt bei den Unternehmern. Erfüllen die Arbeiter mit ihren Forderungen die Profiterwartungen der Unternehmer, dann gibt es Arbeit, wenn nicht, dann gibt es Erwerbslose.

Erstaunlich an diesem Vorgang ist, daß in einem Staat der sich demokratisch nennt, die verschwindende Minderheit der Kapitalisten, ohne demokratische Legitimation, über das Leben der Mehrheit des Volkes bestimmen kann. Das hat u.a. auch damit zu tun, daß selbst die Vertreter der Arbeit diese Wahnsinnssparole mitblöken, auch wenn sie damit etwas anderes meinen als die Ausbeuter.

Die Ursache für diesen partiellen Wahnsinn ist u.a. darin zu suchen, daß die Vertreter dieser Idiotenparole sich nicht vorstellen können, daß es außer der Erwerbsarbeit (der Zwangsarbeit), auch noch eine menschliche, nicht entfremdete Arbeit gibt. Arbeit die verrichtet wird, weil die Menschen zum Leben Lebensmittel brauchen die nicht vom Himmel fallen, sondern nur durch Arbeit, eine für den menschlichen Verbrauch geeignete Form erhalten.

Wie groß die Geistesverwirrung ist, kann man daran erkennen, daß die Menschheit seit dem Sündenfall und der Verfluchung der Arbeit („Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen.“), sich von dieser zu befreien suchten. Die Erfolge der Menschheit auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung sind ganz beachtlich. Die Forderungen nach der Schaffung von Arbeitsplätzen, bedeuten einen Rückschritt auf dem Wege der Menschwerdung. Die Forderung nach der Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen, ist der Schrei des Sklaven: „Herr beute mich aus.“

Senkt die Lohnnebenkosten

Genauso blöd wie einmütig wird die Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten erhoben.

Blödsinnig ist nicht nur die Wortwahl, sondern auch die Forderung an sich. Was hier als „Neben“-kosten abgewertet wird, ist verdienter Arbeitslohn. Diese Kosten gehen (einschließlich des gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitgeberanteils) in die Kalkulation des Unternehmers ein. Für den Unternehmer bedeutet die Senkung dieser Kosten einen Zusatzprofit, für den Arbeiter dagegen der Verzicht auf verdienten Arbeitslohn.

Arbeitslohn, der für die nicht individuell abzusichernden Lebensrisiken gezahlt aber nicht sofort ausgezahlt wird, sondern vom Unternehmer an die entsprechenden Sozialversicherungseinrichtungen überwiesen wird. Aus diesen Sozialversicherungsbeiträgen wird das Krankengeld, das Arbeitslosengeld und die Rente gezahlt. Wer diesen Lohn als „Nebenkosten“ bezeichnet, kann auch nur **Nebenleistungen** erwarten oder er zahlt das, was er an der gesetzlichen Sozialversicherung gespart hat, plus des „Arbeitgeberanteils“, privat wieder ein. Für die Unternehmer ein doppelter Gewinn, für die Arbeiter ein doppelter Verlust. Die Unternehmer sparen ihren Anteil am Sozialversicherungsbeitrag und gewinnen an den Abschlüssen der Privatversicherung. Die Arbeiter müssen ihren Anteil an den eingesparten Beiträgen zahlen (die Beitragssenkung für ihren Anteil bekamen sie ausgezahlt) und **zusätzlich** den weggefallenen Arbeitgeberanteil. Darüberhinaus ist die Privatversicherung für die Arbeiter aus vielen Gründen schlechter. Für die Versicherungen ist der Versicherte eine Kuh, die man kräftig melken muß. Im Gegensatz zur gesetzlichen Sozialversicherung sind die Privatversicherungen Profitunternehmen, die nicht nur höhere Verwaltungskosten haben, sondern an den Versicherten verdienen wollen. Ganz zu schweigen von der fehlenden Sicherheit der Beiträge.

Privatisierung

Alles, womit man Profit machen kann, soll privatisiert werden. Das durch Arbeit entstandene und im Rahmen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse geklaute Kapital, ist ständig auf der Jagd nach Anlagemöglichkeiten, für weitere Klauakte.

Die Kapitalisten sagen: Geld muß arbeiten.

Am begehrtesten sind solche Anlagemöglichkeiten, auf deren Dienst die Bevölkerung angewiesen ist und deshalb gezwungen oder bereit ist, dafür Geld auszugeben. Der fetteste Brocken ist die gesetzliche Sozial-, einschließlich Pflegeversicherung. Hier wartet ein ständig nachwachsender, riesiger Markt. Ein Markt an dem man doppelt verdienen kann. Einmal streichen die Versicherungen Profit für ihre Dienstleistung „**Versicherung**“ ein und zum zweiten machen sie Profit, indem sie mit den Beitragseinnahmen an der Börse spekulieren.

Diese Versicherungen sind nämlich auch gleichzeitig **Finanzdienstleister**, die nicht nur das Geld der vielen kleinen Leute einsammeln, sondern auch die großen geklauten Brocken. Die 11 Millionen Jahreseinkommen des Herrn Ackermann und seiner Kumpane „schreien“ nach Vermehrung durch Anlage. Für diesen Zweck gibt es die **Investmentfonds** in denen sich das große und kleine Geld, das nicht für den Konsum ausgegeben wird, sammelt. Es sind die sogenannten „Heuschrecken“, die fressen, wo andere gesät haben. Darauf werde ich in einem gesonderten Teil eingehen.

Stärkung der Eigenverantwortung

Wenn sie dieses Wort oder das Wort Reformen hören, dann können sie sicher sein, daß man ihnen an den Geldbeutel will. Den Medien ist es gelungen, gängige Begriffe ihres ursprünglichen Inhalts zu entleeren und mit dem Inhalt der Herrschenden zu füllen.

So wie früher die Menschen unter der Parole „mit Gott für Kaiser und Vaterland“ in den 1. Weltkrieg und für „Führer, Volk und Vaterland“ in den 2. Weltkrieg zogen und ihr

Leben gaben, so geben sie heute zur Stärkung der „Eigenverantwortung“ ihr schwer erarbeitetes Geld für die private Riesterrente und die private Krankenversicherung her. Die handelnden Personen sind auch die gleichen, das arbeitende Volk gibt Geld und Leben und die Unternehmer streichen die Bomben- und Versicherungsgewinne ein. Wenn man sich fragt, wie dieser mehrfach erfahrene Wahnsinn, sich ständig wiederholt, so gibt ein Wort von Bertolt Brecht einen Teil der Antwort:

**Unsichtbar macht sich die Dummheit,
indem sie massenhaft auftritt.**

B. Brecht

Abbau der Bürokratie

Auch hier handelt es sich um eine Forderung die sich allgemeiner gesellschaftlicher Zustimmung erfreut. Nur, daß sich die Unternehmer ganz was anderes darunter vorstellen als die Mehrheit der Bevölkerung. Die Unternehmer denken, an für sie lästige Bau-Schutz- und Registrierungsvorschriften die dem Wohlergehen des Gemeinwesens dienen, die Mehrheit der Bevölkerung an schikaneuse Verkehrs- und Behördenvorschriften. Also wer pauschal den Abbau der Bürokratie fordert, besorgt die Geschäfte der Unternehmer, tritt sich als Arbeiter selbst in den Hintern.

Das ist ja gerade das Ziel von Manipulation!

Der schlanke Staat

Schlank ist chic, schlank ist gesund. Wer will nicht einen schlanken und gesunden Staat haben. Es sind ja schließlich die Steuergelder der Bürger die hier verbraucht werden und damit sollte man sehr pfleglich umgehen. Das ist

so sie allgemeine Meinung im Volke.

Aber diejenigen, die diese Forderung erheben, sind auch diejenigen, die von „Steuern runter, Arbeit rauf“ und „Stärkung der Eigenverantwortung“ schwätzen und damit immer meinen, die Bereicherung der Reichen auf Kosten des Volkes. Etwas übertrieben ausgedrückt bedeutet diese Forderung, den Staat auf den Erlaß der Straßenverkehrsordnung und die Auszahlung der Subventionen an die Unternehmer zu reduzieren.

Für das Volk dagegen, ist der Staat eine Institution die es sich selber geschaffen hat, zur Regelung von Angelegenheiten, die die Kraft des einzelnen übersteigen.

Die Forderung nach dem schlanken Staat bedeutet, das Volk schutzlos der Gier der Kapitalisten auszusetzen.

Der schlanke Staat, das sind die geschlossenen Schwimmbäder, Kindertagesstätten, heruntergekommenen Schulen, privatisierten Einrichtungen wie Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe, Energieversorgungsbetriebe, die ein menschenwürdiges Leben nicht ermöglichen.

Schlanker Staat, das heißt auch Kürzung der Sozialleistungen und zusätzliche Belastungen für die Privatversicherung. Diejenigen, die diese Forderung erheben, sind zutiefst asozial.

Gegen den schlanken Staat zu sein, bedeutet allerdings nicht der Verschwendung und Fehlleitung von Steuergeldern durch die Regierung tatenlos zuzusehen. Im Gegenteil, die Kontrolle des Staates durch die Bürger wird wichtiger denn je.

Der Staat ist eine Institution des Volkes, zum Wohle des Volkes. Zur Zeit ist er zur Beute der Kapitalisten und Schmarotzer des Volkes geworden.